

22 - 1805

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn Robert Hergovich

Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 24. April 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend einer Studie zur Untersuchung von Benachteiligungen und Diskriminierungen von Mädchen im Burgenland

Der Landtag wolle beschließen:

Die burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, die Private Pädagogische Hochschule (PPH) Burgenland mit der Durchführung einer wissenschaftlichen Studie zu beauftragen, mittels der die Situation von Mädchen im burgenländischen Schulwesen hinsichtlich Benachteiligung, Diskriminierung und Fehleinschätzung ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen untersucht wird. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Studie sollen konkrete Handlungsempfehlungen zur Förderung der Gleichstellung von Mädchen im burgenländischen Schulwesen ausgearbeitet werden.

Begründung

Am 14. April 2024 tagte das 2. Schüler:innen-Parlament (SIP) des Schuljahres 2023/24 im Sitzungssaal des Burgenländischen Landtags. Auf Einladung der Landesschüler:innen-Vertretung (LSV) diskutierten Schulsprecherinnen und Schulsprecher Anliegen aus unterschiedlichen Bereichen des Schulalltags. Ein Antrag der Klassensprecherin Katarina Schruiff trug den Titel „Unterrepräsentiert und unterschätzt – Die unsichtbaren Barrieren im Schulsystem für Mädchen“ und fordert eine Studie zu Barrieren für Mädchen und Diskriminierungen von Mädchen im schulischen Umfeld. Schruiff begründet in ihrem Antragstext:

„Es ist unbestreitbar, dass Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Anliegen in jeder Bildungseinrichtung sein sollte. Trotz erheblicher Fortschritte in diesem Bereich gibt es weiterhin Bedenken bezüglich der Gleichstellung von Mädchen im Schulwesen.“ In der Diskussion zu diesem Antrag bestätigen Schülerinnen die Erfahrung von Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, auch im schulischen Umfeld. Schruiff begründet weiter: „Eine gründliche Analyse und Bewertung der Situation ist daher unerlässlich, um Benachteiligungen zu identifizieren und Maßnahmen zur Verbesserung zu ergreifen.“ Als Ziel der Studie sehen die Schülervertreter:innen, die Situation der Mädchen im burgenländischen Schulwesen zu untersuchen und festzustellen, ob und inwieweit diese benachteiligt sind. Die Jugendlichen wollen damit die subjektiv erlebte Benachteiligung und Diskriminierungserfahrungen wissenschaftlich untersucht wissen. Auch ein Vergleich mit anderen Bundesländern hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit wird gewünscht. Die Antragstellerin ist überzeugt: „Die Durchführung einer solchen Studie ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Schaffung eines inklusiven und gerechten Schulsystems im Burgenland. Es ist an der Zeit, dass wir uns aktiv mit den Herausforderungen auseinandersetzen, denen wir als Mädchen im schulischen Kontext gegenüberstehen, und konkrete Maßnahmen ergreifen, um Chancengleichheit zu gewähren.“ Gefordert wird auch die Untersuchung von Fächerwahl, Lehrmittel, Lehrmethoden und außerschulischen Aktivitäten hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit. Gewünscht ist weiters die Entwicklung konkreter Handlungsempfehlungen zur Förderung der Gleichstellung von Mädchen im burgenländischen Schulsystem. Die Forderung nach einer Durchführung einer solchen umfassenden Studie, die vom Land Burgenland in Auftrag gegeben wird, erfährt auch von den männlichen Kollegen im SIP breite Unterstützung.

Die GRÜNEN bekräftigen das Anliegen der Schüler:innen auf Durchführung einer solchen Studie. Interessant wäre hier auch ein Vergleich der unterschiedlichen Schultypen hinsichtlich Diskriminierungserfahrungen von Mädchen. Die These des „unterrepräsentiert“ Seins, wie es im Antragstitel von Katarina Schruiff formuliert ist, erfährt durch das Geschlechterverhältnis unter den gewählten Schülervertreter:innen eine Bestätigung. Auch dieser Dynamik der geringeren Repräsentanz von Mädchen und jungen Frauen in gewählten Vertretungskörpern sollte durch eine solche Studie auf den Grund gegangen werden.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.